

Chemnitz und anderswo

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des FfF,

immer häufiger machten Anfang der 1990er Jahre Übergriffe auf Asylsuchende Schlagzeilen. Hoyerswerda, Mölln, Rostock-Lichtenhagen, später Solingen, wurden zu deren Symbolen. Doch statt einer Solidarisierung mit Menschen, die in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung suchten, verstärkte sich in breiten Schichten die ausländerfeindliche Stimmung. Auch in sonst seriösen Publikationen war von einer „Asylantenflut“ die Rede.

Am 26. Mai 1993 konnten die rechtsradikalen Gewalttäter die Früchte ihrer Aktivitäten ernten: Es stand eine Änderung des Grundgesetzes auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Das bisher uneingeschränkte Grundrecht auf Asyl wich einer erheblich eingeschränkten Fassung. Auch wenn es vielleicht nicht beabsichtigt war: Durch die Änderung des Grundgesetzes hatte man Nazis und Rassisten signalisiert, dass sich ausländerfeindliche Gewalt politisch auszahlt.

Liest man heute das Plenarprotokoll¹ der damaligen Sitzung, findet man bekannte Muster. Rechte Gewalttaten waren die Begründung, die Rechte der Opfer weiter zu beschneiden. Nicht die Morde an ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern waren das Problem, vielmehr wurden die Proteste gegen die Grundgesetzänderung in Bonn während der Sitzung des Bundestags als „Anschlag auf die Demokratie“ bezeichnet.

Viele Jahre später, 2015. Eine große Zahl von Flüchtlingen kommt in die Europäische Union. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist überzeugt: Unser Land ist stark genug, um diesen Menschen Schutz zu bieten – „Wir schaffen das.“ Obwohl sie in der Folge wohl für die restriktivste Ausländerpolitik in der bundesdeutschen Geschichte verantwortlich ist – eine Ausländerpolitik, die nicht einmal davor zurückschreckt, Menschen in Kriegsgebiete wie Afghanistan abzuschleppen – wird sie aufgrund dieses einen Satzes massiv von Rechtspopulisten angefeindet. Die AfD, die als neoliberale, europakritische Partei gestartet war, entwickelt sich zur rechtspopulistischen Partei, wird in Teilen offen rechtsradikal. Gleichzeitig verroht die öffentliche Debatte zunehmend: Zu Tausenden ertrinken fliehende Menschen im Mittelmeer,² und in Deutschland diskutieren wir darüber, ob es richtig ist, ihnen zu helfen – oder nicht³. Mutige Menschen, die den Fliehenden das Leben retten wollen, werden als „Schlepper“ vor Gericht gestellt.⁴

Gleichzeitig kippt die politische Debatte nach rechts. Auch Mitglieder von politisch liberalen Parteien verharmlosen rechte Positionen; rechts und links werden gleichgesetzt; wird von rechter Gewalt berichtet, folgt reflexartig der Hinweis, dass es schließlich auch linke Gewalt gebe – angesichts von Szenen, in denen Menschen durch Chemnitz gejagt werden.⁵ Sebastian Czaja, Berliner Politiker der FDP, schreibt: „Antifaschisten sind auch Faschisten“⁶ – ein Satz, der angesichts von WiderstandskämpferInnen in Nazi-Deutschland, die für ihren Mut mit dem Leben bezahlen mussten (nicht nur) seinem früheren Geschichtslehrer

Tränen in die Augen treiben müsste. Bei „linken“ Demonstrationen ist die Polizei ausgerüstet, als ziehe sie in einen Bürgerkrieg⁷, geht es um „rechte“ Demonstrationen, wirkt sie plötzlich merkwürdig hilflos. Und die Verantwortlichen rechtfertigen diese politische Schlagseite. Das seien „ganz normale BürgerInnen“ sagen sie – was sofort empört zurückgewiesen wird. Aber vielleicht ist genau das das Problem: Vielleicht sind es einfach „ganz normale BürgerInnen“ – so wie 1933 auch.⁸

Manche behaupten, wir befänden uns heute bereits wieder in einer Situation wie 1930. Die NSDAP erreichte – nachdem sie bei den Reichstagswahlen 1928 auf 2,6% abgestürzt war – bei Landtagswahlen 1929-1930 wieder über 10%, überdurchschnittliche 14,4% in Sachsen.⁹ Was würde denn ein Szenario bedeuten, bei dem wir 1930 auf das aktuelle Jahr 2018 projizieren?

Es würde bedeuten: in drei Jahren (2021) übernehme eine rechtspopulistische oder rechtsradikale Partei die Macht – möglicherweise gefördert durch die gemäßigten Parteien, die sich davon erhoffen, dass die Rechtspopulisten dadurch eingebunden und ruhiggestellt werden¹⁰. Statt Olympischer Spiele wie 1936 in Berlin, hat Deutschland gute Chancen, 2024 die Fußball-Europameisterschaft auszurichten – diese Veranstaltung könnte genutzt werden, Propaganda zu betreiben und Deutschland in einem *guten* Licht erscheinen zu lassen. 2027 käme es dann zu einem Krieg, der bis 2033 andauert und mit dem Zusammenbruch Deutschlands endet. Nach Besatzungszeit und Staatsneugründung könnten wir – falls wir es überlebt haben – von heute an in 20 Jahren wieder mit einem demokratischen Staatswesen rechnen. Wie alt werdet Ihr in 20 Jahren sein?

Ein solches Szenario sei kompletter Blödsinn, mögen jetzt manche Leserinnen und Leser denken. Wirklich? Was hätten die Menschen 1930 auf so eine Hypothese geantwortet?

Die Sommerzeit wird jetzt wohl wieder abgeschafft. 1989 erschien ein Buch des Psychologen Dietrich Dörner¹¹, in dem dieser das Verhalten von Menschen in komplexen Situationen untersuchte. Eine Kernaussage, die mir im Gedächtnis haften geblieben ist: Menschen, die mit der Komplexität einer Aufgabe völlig überfordert sind, konzentrieren sich auf überschaubare Dinge, die sie zu lösen imstande sind. Auch wenn um sie herum alles zusammenbricht: Sie lösen dann akribisch genau dieses Problem.

Und was¹² hat das jetzt mit der Sommerzeit zu tun?

Mit FfFigen Grüßen

Stefan Hügel



Anmerkungen

- 1 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/12/12160.pdf>
- 2 https://de.wikipedia.org/wiki/Flüchtlingskrise_in_Europa_ab_2015
- 3 <https://www.zeit.de/2018/29/seenotrettung-fluechtlinge-privat-mittelmeer-pro-contra>
- 4 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-fluechtlingshelferin-von-der-heldin-zur-verdaechtigen-a-1225920.html>, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-07/illegal-migration-italien-seenotrettung-ngos-unterstuetzung-verdacht>, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-07/rettungsschiff-lifeline-kapitaen-claus-peter-reisch-kaution-malta>
- 5 Irritationen löste der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, aus, als er behauptete, die Medienberichte über Hetzjagden in Chemnitz seien falsch. Kommentatoren (<http://www.tagesschau.de/kommentar/maassen-chemnitz-107.html>) sehen ihn deswegen als „Kronzeugen der AfD“. Bereits zuvor war Maaßen durch AfD-Nähe aufgefallen (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-verfassungsschutz-innenministerium-bestaetigt-treffen-von-maassen-mit-petry-a-1222668.html>). Spekulationen gehen dahin, dass Maaßen auf Anweisung von Bundesheimatminister Seehofer gehandelt habe (<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hans-georg-maassen-hat-horst-seehofer-ihn-zum-bild-interview-gedraengt-a-1227156.html>)
- 6 <https://twitter.com/SebCzaja/status/1034374729493356544>
- 7 <https://twitter.com/RaulZelik/status/1034359973822820352>
- 8 Vgl. z. B. Goldhagen DJ (1996) *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*. Berlin: Siedler-Verlag oder <https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2001/Holocaust-Die-Luege-von-ahnungslosen-Deutschen,erste7664.html>
- 9 https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistische_Deutsche_Arbeiterpartei
- 10 https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_von_Papen
- 11 Dörner D (1989) *Die Logik des Mißlingens: Strategisches Denken in komplexen Situationen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- 12 EU-Kommission will Zeitumstellung abschaffen, <https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2018-08/eu-kommissionspraesident-will-zeitumstellung-abschaffen>; „Man muss ständig nerven, dann klappt es irgendwann“, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-08/zeitumstellung-herbert-reul-eu-parlament-abgeordneter-abschaffung>; Angela Merkel befürwortet Abschaffung der Zeitumstellung, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-08/sommerzeit-abschaffung-zeitumstellung-angela-merkel-zustimmung>



Wolfgang Coy

Trauer um Jürgen Friedrich

* 1942 † 2018

Jürgen Friedrich ist tot.

Der ehemalige Professor der Universität Bremen baute im Fachbereich Mathematik/Informatik das Lehr- und Forschungsgebiet *Informatik und Gesellschaft* in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf. Seine 1986 besetzte universitäre Professur war die erste in diesem Bereich der deutschsprachigen Informatik. Zuvor hatte er von 1976 an eine einschlägige Forschungsgruppe an der Universität Dortmund als eigenständiger wissenschaftlicher Mitarbeiter betreut.

Nach dem Studium der Nachrichtentechnik studierte Jürgen Friedrich Sozialwissenschaften und promovierte dort 1979 mit dem Titel *Arbeitsinteressen von der Technik*.

Ein Schwerpunkt seiner Interessen lag auf der Veränderung der Arbeitssituationen unter dem Einfluss digitaler Technologie, insbesondere auf den Anforderungen an konkrete Arbeitsplätze, soweit diese durch die Rechentechnik und Datenverarbeitung verändert oder gar aufgelöst wurden (*Computergestützte Gruppenarbeit CSCW*).

Im Fortgang seiner Arbeit war er Gründungsmitglied des Technologiezentrums Informatik (TZI) der Universität Bremen, dessen späterer Sprecher er vorübergehend wurde. 1997 wurde er zum Vorsitzenden der Gründungskommission für den hochschulübergreifenden internationalen Studiengang Digitale Medien bestimmt. Von 2001 bis 2012 war er Mitglied im Vorstand des *Zentrums für Multimedia in der Lehre* der Universität Bremen.

Nach dem Ende seiner Lehrtätigkeit in Bremen hielt er Vorlesungen in China – ab 2004 als Gastprofessor an der Technischen Universität Guangdong und seit 2017 auch als Gastprofessor an der Tongji-Universität in Shanghai.

Prof. Dr. Friedrich war treibende Kraft und einer der vier Herausgeber des ersten deutschsprachigen Lehrbuchs *Informatik und Gesellschaft* (1995).

Jürgen Friedrich starb am 26. August 2018 an den Folgen eines häuslichen Unfalls.

erschieden in der *FifF-Kommunikation*,
herausgegeben von *FifF e.V.* - ISSN 0938-3476
www.fiff.de

